

Danziger Zeitung.

№ 12978.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Reiterbaggasse Nr. 4. und bei allen Kaiserlichen Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 M., durch die Post bezogen 5 M. — Inserate kosten für die Zeitspalt oder deren Raum 20 S. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1881.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 5. Septbr. Das „Völkische Telegr. Bureau“ verleiht folgendes Telegramm: Der Besuch des russischen Kaisers bei dem deutschen Kaiser gelegentlich der Manöver ist wahrscheinlich. Der und Zeit der Zusammenkunft sind noch nicht bestimmt, trotz der von den Zeitungen angegebenen Details.

St. C. Das definitive Resultat der Volkszählung in Preußen am 1. Dezember 1880

ist nunmehr bis auf zwei Lücken gewonnen, und wir theilen es unten folgend mit. Diese Lücken betreffen die Haupt- und Residenzstadt Berlin und die Stadt Breslau. Beide Städte besitzen eigene Zählämter, welche gleichfalls die Auszählung der Zahlarten ihrer Orte unternommen haben. Beide Orte haben sie auch beendet. Eine kleine Differenz zwischen der dortigen Auszählung und der im königlichen statistischen Bureau oder Landes-Zählamt ausgeführten hat eine nochmalige Revision der beiderseitigen Resultate nötig gemacht, die noch nicht völlig abgeschlossen ist. In der untenstehenden Uebersicht ist Breslau mit der im königlichen statistischen Bureau ermittelten Wohnerszahl, Berlin mit der vom städtischen statistischen Bureau ermittelten eingelegt. Der preussische Staat zählte hiernach am 1. Dezember 1880 27 278 395 Einwohner. Als eine völlig definitive Zahl wollen wir dieselbe aus den so eben angeführten Gründen noch nicht bezeichnen, obgleich die Abänderungen, die sie möglicher Weise erleiden könnte, nicht über die Hunderte hinausgehen. Weil die Lücken Berlin und Breslau betreffen, so stehen natürlich auch die Zahlen für die Provinzen Brandenburg und Schlesien noch nicht absolut fest. Alle übrigen Zahlen sind definitiv.

Das, was in dieser Uebersicht vorliegt, ist keineswegs der Schlussbericht der ganzen Aufbereitung der Zählpapiere des letzten Censur. Dieselbe zerfällt nämlich in mehrere Auszählungen, und jede derselben faßt eine bestimmte Reihe festzustellender Eigenschaften der Bevölkerung in's Auge. Die erste, am 31. August d. J. beendigte Auszählung erstreckte sich auf die Ermittlung des Geschlechts und Religionsbekenntnisses, der Gebürtigkeit und der Staatsangehörigkeit der Ortsanwesenden, in Einzel-, Familien- und Anstalts-Haushaltungen lebenden Einwohner, mit gleichzeitiger Unterzeichnung der Familienglieder und Nicht-Familienglieder der Haushaltungen. Indem wir mit dem Nachweise der Geschlechtsverhältnisse der Bewohner des preussischen Staates und seiner Provinzen und Bezirke beginnen und uns die Mittheilung der übrigen Resultate vorbehalten, wollen wir an dieser Stelle nur noch auf den Umstand aufmerksam machen, daß, wenn auch, wie fast in allen größeren Staaten, das weibliche Geschlecht an Zahl das männliche übertrifft, diese Regel doch in einzelnen Bezirken nicht unbedeutend Ausnahmen erleidet, wofür der Grund in der Attraktionskraft für männliche Personen der einen Bezirke und in der Expulsionskraft der anderen zu suchen ist.

Ortsanwesende am 1. Dezember 1880.

	Männl.	Weibl.	Zusammen
Ostpreußen	928 078	1 005 838	1 933 916
Westpreußen	688 770	717 128	1 405 898
Brandenburg	1 667 439	1 721 632	3 389 071
Berlin	542 996	579 444	1 122 440
Pommern	758 633	781 401	1 540 034
Posen	822 516	880 881	1 703 397
Schlesien	1 907 902	2 099 571	4 007 473
Sachsen	1 146 362	1 169 643	2 316 005
Schleswig-Holstein	564 944	569 205	1 134 149
Hannover	1 060 660	1 059 508	2 120 168
Westfalen	1 037 381	1 005 861	2 043 242
Niederrhein	756 454	797 922	1 554 376
Rheinland	2 042 957	2 081 143	4 074 100
Hohenzollern	39 353	35 171	74 524
Im preuss. Staat	13 414 469	13 863 926	27 278 395

Der Verbandstag der deutschen Baugewerksmeister in Danzig.

Im Anschluß an unseren Bericht in der Abend-Ausgabe tragen wir zunächst die Rede nach, mit welcher Hr. Oberbürgermeister v. Winter die Versammlung Namens der Stadt begrüßte. Die Rede lautete:

„Meine Herren! Es gereicht mir zur besondern Freude, Sie vor Beginn Ihrer Arbeiten Namens der Stadt herzlich begrüßen und Ihnen unsern Dank dafür aussprechen zu dürfen, daß Sie Ihre diesjährigen Beratungen nach unserer Stadt verlegt haben. Ich hoffe, daß Sie damit keinen Fehler gethan haben, daß vielmehr gerade der Aufenthalt in unsern Mauern Ihnen auf Hebung und Förderung des deutschen Baugewerbes gerichteten Bestrebungen neue Anregung und Kräftigung zuführen wird. Denn vernünftlicher als in den meisten andern deutschen Städten — so dünkt mich — reden gerade die Steine Danzigs über das Aufblühen und den Niedergang des Baugewerbes und die eigenartige Baugeschichte unserer Stadt läßt über die Ursache dieser auf- und absteigenden Bewegung keinen Zweifel.

Mein, um das Baugeschick der Stadt hochverdienter Herr Collegen wird Ihnen in seinem Festvortrag die Baugeschichte Danzigs vorführen. Sie werden die im Mittelalter in baltischer Gothik aufgeführten, mit ihren dunkeln Massen und hohen Thürmen die Giebelhäuser überragenden Backsteinkirchen kennen lernen, die, in ihrer derben trostigen Kraft, ihrem nüchternen Ernste ein treues Bild des Bürgerthums geben, welches sie aufgethürmt hat.“ Sie werden erfahren, daß unsere Giebelhäuser, sämmtlich ursprünglich in demselben Styl ausgeführt, unserer Stadt ein überaus ernstes, ja vielleicht finsternes Gepräge aufdrückten; Sie werden hören, wie demnach die lebensfrischen Anschaunngen

Deutschland.

Berlin, 4. Sept. Die Nachricht der „Morning-Post“, daß der deutsche Botschafter in Rom, Herr v. Reubell die Streichung seines Namens aus der Liste des Cobden-Clubs veranlaßt habe, wird wenigstens den „Grenzboten“ als ein Erfolg ihrer „zur Charakteristik des Manchestertums“ erscheinenden. Die „Grenzboten“ fanden es schon verächtlich, daß die freihändlerischen Blätter die Namen der deutschen Ehrenmitglieder verschwiegen hätten. Die Erwählung dieser Ehrenbezeichnung sei vielleicht deshalb unterblieben, weil sie darauf hin erfolgte, daß die Herren „sich ausgezeichnet durch die Dienste, welche sie der Beförderung der Zwecke des Clubs geleistet hätten,“ und weil das einzige Ziel des letzteren „die Interessen Englands ohne Rücksicht auf die Bestrebungen anderer Völker“ also auch des deutschen Volkes waren. Solche Dienste, meint die „Grenzboten“, scheinen sich für deutsche Botschafter, Generalconsuln (damit ist der frühere Generalconsul in London, Herman Wille, gemeint) und Parlamentarier am Ende doch nicht recht zu schicken und könnten, wenn sie bei den Wählern bekannt würden, vielleicht nicht so dankbar empfunden werden, wie bei dem Club-Vorstande in England. Herr v. Reubell, heißt es dann weiter, unter den Propheten von Manchesters zu finden, kann einige Verwunderung erregen, aber man beachte das Jahr seiner Aufnahme. Ein Ministerium Delbrück war 1875 nicht unmöglich. Die komische Seite dieser Insinuation, als ob Hr. Reubell und Hr. Delbrück im Jahre 1875 gegen den Reichskanzler intrigirt hätten, springt in die Augen. Der Verfasser wollte offenbar sich die Erwählung der Thatfache ersparen, daß der Cobdenclub im Jahre 1875 alle Ursache gehabt hätte, den Reichskanzler selbst zu seinem Ehrenmitgliede zu ernennen, denn das war die Zeit, wo Fürst Bismarck als sein „Ideal“ einen Zolltarif bezeichnete, der sich auf wenige Finanzjolle beschränkte. Der Cobden-Club hat es, wie es scheint, vorgezogen, Herrn v. Reubell, der schon im Jahre 1873 das auswärtige Amt verlassen hatte, dessen intime Beziehungen zu dem Reichskanzler aber bekannt waren, in die Reihe seiner Ehrenmitglieder aufzunehmen. Dagegen wäre nun nichts zu erinnern, aber auffallend ist es, daß es erst der hofhastigen Angriffe der „Grenzboten“ auf den deutschen Botschafter bedurft hätte, um denselben zu überzeugen, daß er nicht mehr Ehrenmitglied des Cobden-Clubs sein könne. Wenn der Austritt des Herrn v. Reubell vor einigen Jahren, d. h. damals als der Reichskanzler Schutzvölker wurde, erfolgt wäre, so hätte das nicht auffallen können. Die „Grenzboten“ haben wenig Ursache, sich über die Wirkungen in die Ferne, welche ihre Betrachungen gehabt haben, zu freuen. Die Gerüchte, daß Herr v. Reubell von Rom, wo er seit 1876 das deutsche Reich vertritt, abgerufen werden solle, werden jetzt allerdings verflüchten.

Berlin, 4. Sept. Die Münzfrage nebst der Perspektive eines angeblich bevorstehenden Ueberganges zur Doppelmährung u. dgl. m. bilden den Gegenstand zeitweise immer wieder auftauchender Gerüchte und Erörterungen, die dann wieder in den Hintergrund treten. Es darf mit Gewißheit angesehen werden, daß die Regierung in naher Zeit nicht an diese Angelegenheiten heranzutreten geseht ist. Die zuverlässige Stimmung, welche wenigstens theilweise in Regierungskreisen vor der Pariser Münzconferenz hervortrat, ist nach dem Verlande der letzteren bis auf den Gefrierpunkt herabgesunken und die Münzfrage ist seitdem nicht mehr in Reihe und Glied derjenigen Angelegenheiten, deren Lösung ins Auge gefaßt wird. — Mit einiger Spannung sieht man den Wahlagitator der Liberalen in Hannover entgegen, welche der Abg. v. Bennigsen nach seiner nunmehr erfolgten Rückkehr von der Sommerreise in die Hand nehmen will. Die Ausichten gestalten sich nicht sehr glänzend, denn den Liberalen steht eine starke weltliche und junkerliche Strömung entgegen, während bekanntlich auch unter den liberalen Schattirungen keine Einheit herrscht und jedenfalls mehr Gegensätze auszugleichen sind, als in andern Provinzen.

L. Berlin, 4. Sept. Raum find die Neuwahlen zum Reichstage durch kaiserliche Verordnung auf Donnerstag, den 27. October, anberaumt, so versuchen die Vorkämpfer einer durchaus verfassungsmäßigen

einer neuen Zeit, wenn auch spät, so doch mit unwiderstehlicher Macht auch in der völligen Umgestaltung unserer Architektur zur Geltung gelangte und den so malarisch wirkenden Baustil ausgetilgt, welcher unsere Stadt noch jetzt interessant und anziehend erscheinen läßt. Und wenn dies Alles Ihnen vorgeführt sein wird, dann werden Sie, meine Herren, mit uns lebhaft bedauern, daß so mancher der damals geschaffenen eigenthümlichen Gebilde den Anforderungen des modernen Lebens nothwendig haben zum Opfer fallen müssen, mehr noch aber, daß ein späteres Jahrhundert den Werth des vormalig Geschaffenen vollständig hat verkennen und sogar seinen Ruhm in dessen Zerstörung hat setzen können.

Meinen Sie nicht, meine Herren, daß ich übertriebe. Noch in diesen Tagen habe ich ein im Anfange dieses Jahrhunderts zum Lobe Danzigs verfaßtes Buch gelesen, in welchem die hohen reich verzierten Giebel unserer Häuser als geschmacklos und altväterlich bezeichnet werden und es gerühmt wird, daß man dem alten Geschmack in der Bauart mehr und mehr den neuen anpassen fuche und daß so, wie es nützlich darin heißt, „die spizen mit den krausesten Schmörkeln verunzierten (!) Giebel verschwinden und gefälligeren (!) Formen Platz machen.“ Und diese Anschauung konnte sich bis in die Neuzeit hinein breit machen. Sind doch wenige Jahrzehnte erst verfloßen, seitdem man selbst eines der hervorragendsten Bauwerke unserer Stadt, das grüne Thor, seines Giebelgeschmuckes beraubt hat und glauben doch Viele noch heute, ein menschengemäßes Werk zu verwerfen, wenn sie ein Giebelhaus dem Untergange Preis geben!

Wie war es aber nur möglich, so werden Sie fragen, daß in Danzig, wo sich, wie kaum in einer andern Stadt, städtische Macht und bürgerlicher Reichtum auch architektonisch in so hervorragender Art verkörpert hatte, eine so barbarische Geschmackssrichtung

Reichskanzlerdictatur unter Mißbrauch des Namens des Kaisers das deutsche Volk zum Verzicht auf seine verfassungsmäßigen Rechte zur Mitwirkung bei der Reichsgesetzgebung zu bereiten. Die „Nordd. A. Z.“ erklärt es für „Spiegelfechtere“, dem Volke vorreden zu wollen, es könne — unbefugter seiner Treue für den Monarchen — dessen Regierung bekämpfen.“ König Wilhelm hat auf Grund der mit den verbündeten deutschen Fürsten und freien Städten einerseits und dem deutschen Reichstage andererseits vereinbarten Verfassung das Präsidium des Bundes unter dem Namen „deutscher Kaiser“ übernommen, und auf Grund dieser Verfassung hat er nunmehr die Neuwahlen zu dem Reichstage angeordnet, dessen Mitglieder nach Art. 29 Vertreter des gesammten Volkes sind und in Uebereinstimmung mit dem Bundesrath berufen ist, die Reichsgesetzgebung auszuüben. Den „Willen und die Wünsche“ des Kaisers in Fragen der Gesetzgebung als einen Ausdruck der kaiserlichen Gewalt darzustellen, das ist ein Schlag — in's Gesicht der deutschen Fürsten und der deutschen Nation; das ist eine Verunglimpfung der Person des Kaisers, welche von Unberufenen in den Kampf der Parteien herabgezogen wird. Daß das Vertrauen des Kaisers den Reichskanzler auf seinen Posten berufen hat und ihn auf demselben erhält, stellt Niemand in Abrede; aber selbst auf dem Gebiete der Executive ist jede Verordnung oder Verfügung des Kaisers an die Gegenzeichnung des Reichskanzlers gebunden, welcher dadurch die Verantwortlichkeit übernimmt. In Ausübung seines verfassungsmäßigen Rechtes hat der Kaiser das deutsche Volk zur Neuwahl seiner Vertreter berufen und damit sein Vertrauen bekundet, daß die Nation sich in gleicher Weise ihrer Rechte und ihrer Pflichten bewußt sein werde; das Recht zur Mitwirkung bei der Gesetzgebung und der Pflicht, das gesammte Volk zu vertreten. Die Reichsverfassung garantiert der Nation das Recht, durch ihre freigesählten Vertreter die von dem Bundesrath vorgelegten Gesetze anzunehmen oder abzulehnen; die Ausübung dieses Rechtes hat mit der Treue gegen den Kaiser nichts zu thun. Wie auch der Einzelne über diesen oder jenen gesetzgeberischen Vorstoß denken mag: jeder stimmberechtigte Deutsche ist durch die Reichsverfassung verpflichtet, gegen den Versuch, ihn zum willkürlichen Werkzeug eines Einzigen zu degradiren, am Wahltag Protest einzulegen.

Das „Deutsche Handelsblatt“ veröffentlicht in seiner neuesten Nummer eine Berechnung der Handelsbilanz Deutschlands im ersten Halbjahre 1881. Darnach hat betragen:

	Einfuhr.	Ausfuhr.
im 1. Halbjahre 1881	1 299 236 000 M.	1 099 636 000 M.
„ „ „ 1880	1 145 589 000 „	1 173 497 000 „

Demnach 1881 Zunahme 153 647 000 M. gegen 1880 Abnahme „ 73 861 000 M.

Die sogenannte „günstige Handelsbilanz“ des Jahres 1880 hat sich hiernach schon im ersten Semester dieses Jahres wieder in ihr Gegentheil verwandelt. Der Ueberschuß von 28 Mill. M., welche das erste Semester 1880 ergeben hat, steht im ersten Semester 1881 bereits eine Unterbilanz von 200 Mill. M. gegenüber. Dieser Wechsel ist dadurch herbeigeführt worden, daß die Einfuhr beträchtlich gestiegen und gleichzeitig die Ausfuhr gesunken ist. Beides ließ sich mit hoher Wahrscheinlichkeit voraussehen. In Folge des im Jahre 1879 durch die Ausfuhr auf das Inzuckertreten des neuen Zolltarifs erhöhten Imports hatte im Jahre 1880, speciell im ersten Semester desselben, die Einfuhr eine bedeutende Abnahme erfahren, während die Ausfuhr zum Theil durch den Export der in großen Mengen angekauften Waaren bedeutend zunahm. Diese abnormen Verhältnisse mußten sich allmählich wieder verlieren, und wenn auch das erste Halbjahr 1881 vielleicht noch nicht als vollständig normal betrachtet werden kann, so wird es immerhin nicht erheblich von den normalen Verhältnissen abweichen. Deutschland würde demnach, ebenso wie alle anderen großen Industriestaaten Europas, trotz des neuen Zolltarifs auch in Zukunft zu denjenigen Ländern gehören, in welchen nach den Ergebnissen der Handelsstatistik die Einfuhr beträchtlich die Ausfuhr übersteigt. Das Resultat des ersten Semesters ist übrigens im Wesentlichen dadurch herbeigeführt worden, daß die

Einfuhr fast in allen Waarenguppen gestiegen ist, am stärksten freilich bei Getreide und Colonialwaaren. Während im ersten Halbjahr 1880 sich für Getreide und andere Erzeugnisse des Landbaues ein Ausfuhrüberschuß von 18 Millionen M. ergeben hatte, hat das erste Halbjahr 1881 dafür einen Einfuhrüberschuß von 136 Millionen M. gebracht; bei Colonialwaaren stieg der Ueberschuß der Einfuhr über die Ausfuhr von 41 Millionen M. auf 74 Millionen M. — Im Uebrigen ist zu bemerken, daß die Ergebnisse einer solchen provisorischen Berechnung mit den definitiven Ergebnissen nicht genau übereinstimmen können. Die Monatsausweise unserer Handelsstatistik führen nur die wichtigsten Artikel auf; eine Anzahl minder wichtiger Artikel fehlt darin ganz und hat demgemäß auch in die vorstehende Werthberechnung nicht einbezogen werden können. Die spätere definitive Werthermittelung wird deshalb sowohl bei der Einfuhr als bei der Ausfuhr im Ganzen etwas höhere Ziffern liefern; indeß läßt sich nach den bisherigen Beobachtungen mit Sicherheit schließen, daß dadurch das Verhältniß zwischen Einfuhr und Ausfuhr kaum berührt werden wird.

Bei der Sedan-Feier der Liberalen in Chemnitz hat der Syndicus der Bremer Handelskammer Dr. Barth in einer Rede auch den Ursachen nachgeforscht, welche im Jahre 1870 Frankreich an den Rand des Abgrundes gebracht haben. Hr. Dr. Barth sagte unter Anderm: „Anstatt sich die Lehre des Thucydides zu Herzen zu nehmen, daß ein Bürger, der sich von Staatsfachen ganz fern hielt, nicht für einen ruheliebenden, sondern für einen unnützen Menschen anzusehen ist, glaubte die große Mehrheit der Franzosen, man habe der Bürgerpflicht genügt, wenn man „vive la France“ (Ein deutscher Thucydides würde sagen: „Deutschland, Deutschland über Alles“) rief dem eigenen Erwerbe nachgehe und im Uebrigen die Zügel der Regierung denen überlasse, die sie uncontrolirt in den Händen hielten. Auf diese Weise traten die Regierten zu den Regierenden gleichsam in den Zustand politischer Höriger, und es bildete sich zwischen Beiden eine tiefe Kluft, die später nie wieder auszufüllen war, aus welcher Mißtrauen erwuchs, und als es darauf ankam, in gewaltiger Probe zu zeigen, was Frankreich leisten konnte, da waren Regierung und Volk nicht einig, da zeigte sich, wie tief diese Kluft war. Ich glaube, gerade das Schicksal Frankreichs unter dem zweiten Kaiserreich sollte allen Völkern die Lehre einschärfen, daß ein Volk, welches blindlings sein Geschick einem Einzigen anvertraut, und alle Controle der Staatsgeschäfte aus den Händen giebt, keine dauernde Widerstandsfähigkeit besitzt. Es gilt dieses ebenso gut von dem Despotismus der Kaiser und Könige wie von dem Despotismus großer Staatsmänner, welcher nach einem Ausspruche Friedrichs II. sogar noch schlimmer ist, als der Despotismus der Könige.“

Wie erinnerlich, hatte die sächsische Regierung in der verfloßenen Session einen Antrag beim Bundesrath eingebracht, nach welchem die sogenannten Arbeitsbücher auch für Arbeiter über 21 Jahre wieder allgemein zur Anwendung kommen sollten. Wenn es gilt, die Reichsgesetzgebung rückwärts zu schrauben, ist man bekanntlich in Dresden immer um ein paar Schritte vor allen anderen Regierungen voraus. Das zeigte sich auch bei dem Schicksal, den jener Antrag fand. Da der Reichskanzler sich nicht für denselben erwärmen konnte, so fiel er klanglos in den Papierkorb des Bundesraths nieder, oder, um genau zu sein, die sächsische Regierung bewachte ihn vor diesem offenen Mißerfolg, indem sie ihn kurz vor der bereits anberaumten Abstimmung zurückzog. Nummer verlaute glaubwürdig, daß in der nächsten Session eine Wiederholung des particularistisch reactionären Antrags bevorstehe.

Aus Nürnberg schreibt man der „Frh. Corr.“: Als der neue französische Zolltarif bekannt wurde, gingen durch die Presse wohlgegründete Klagen der Kunst- und Spielwaarenindustrie, deren Absatz nach Frankreich in der Zeit der Handelsverträge sich hoch entwickelt hat und jetzt durch die neuen Zollsätze ernstlich bedroht ist. Damals begien indeß die Beteiligten, Tausende von fleißigen Kleinmeistern und Heimarbeitern, noch die Hoffnung, daß man beim Abschluß eines neuen

meine Herren, können vielmehr die Baugewerbe nur heben, wenn Sie an Ihrem Theil nach allen Kräften befreit sind, dieselben wieder auf die Basis wissenschaftlicher und künstlerischer Bildung zu stellen, sie zum Kunstgewerbe zu erheben und demgemäß für die entsprechende Aus- und Fortbildung des Lehrlings, des Gesellen, wie des Meisters zu sorgen. — Sie begegnen ja mit diesen Bestrebungen nur dem Aufschwunge, der sich bereits so unerkennbar in den Baugewerken vollzieht und der selbst schon hauptsächlich als eine Frucht der in dem Baugewerbe und für dasselbe arbeitenden Intelligenz erscheint.

Und ich hoffe, meine Herren, dieser Aufschwung wird sich Ihnen auch in unserer Stadt bemerklich machen. Wenn Sie diese neu erstandenen schön gewölbten Hallen erblicken, wenn Sie sehen, mit welcher Liebe wir sonst auf die Erhaltung unserer monumentalen Gebäude, insbesondere unseres Rathhauses bedacht gewesen sind, dann werden Sie uns wenigstens die Anerkennung nicht versagen, daß wir über die Anforderungen der Gegenwart und namentlich über die Herstellung der sanitären Einrichtungen, mit denen Sie sich noch speziell bekannt machen wollen, das Ehrwürdige, Alte nicht vergessen haben. Ja, meine Herren, was Danzigs Ruhm und Anziehungskraft bildet die alte malerische Stadt, das würdige und lebensvolle Denkmal deutscher Vergangenheit, wir sind an unserm Theil aufrichtig bemüht, es vor der Zerstörung zu schützen, damit auch spätere Geschlechter sich daran erfreuen und bilden können; und wo wir Neues hinzuzufügen haben, suchen wir es möglichst im Geiste der werthvollen Ueberlieferung früherer Jahrhunderte zu bilden. Dankbar erkennen wir an, daß die leitenden Kreise in Staat und Provinz bei ihren Neubauten sich von gleichem Bestreben leiten lassen, und daß auch in der Bürgerstadt unser Vorgehen vereinzelt Nachfolge gefunden hat. Wie viel bleibt aber in letzter Beziehung noch zu wünschen! Darum richte ich an Sie

Handelsvertrages zwischen England und Frankreich auf Grund der Meistbegünstigungsklausel zu ermäßigten Zöllen gelangen und dann wohl im Besitze des französischen Absatzes bleiben werde. Der Verlauf der englisch-französischen Verhandlungen hat auch diese Hoffnung vernichtet und bange Sorge um ihre Existenz bewegt Viele unserer Mitbürger. Diese ebenso natürliche wie berechtigte Sorge fand kürzlich Ausdruck in einer öffentlichen Anzeige an die hiesige Handelskammer, welche in Gemeinschaft mit den Handelskammern von Sonneberg und Chemnitz ungefähr vor Jahresfrist eine Eingabe an den Reichstagskanzler und vor einigen Monaten wiederholt an dieselbe Adresse und an unsere Regierung bringende Vorstellungen mit der Bitte um recht baldigen Beifall gerichtet hatte. Welcher Bescheid ist hierauf wohl erfolgt? Die offizielle Antwort der Handelskammer im „Frank. Kurier“ geht dahin, daß auf alle diese Petitionen bisher kein Bescheid erfolgt ist. Dem Nürnberger Spielwarenmacher dünkt es nun doch wunderbar, daß Vorstellungen, die sein und seiner Familie ernstlich bedrohtes Auskommen betreffen, nach langen Monaten noch immer unbeantwortet sind, und er fängt an zu fürchten, daß das als Parole ausgegebene Wort „Schutz der nationalen Arbeit“ für ihn ein leeres Wort bleiben solle. In diese Beforgnis mißt sich aber noch ein recht bitteres Gefühl, wenn er wieder und wieder in den Zeitungen lesen muß, wie prompt auf Bauernbriefe und Studententelegramme die schnellste Antwort eingetroffen ist. Daß auf das Bittgeschrei eines umfangreichen, Tausende ernährenden Kleingewerbes, das überdies von einer sehr regierungsfreundlichen Handelskammer ausgegangen ist, die Antwort überhaupt ausbleibt, das stimmt freilich schlecht zu der fortwährend betheuereten Fürsorge für die wirtschaftlichen Interessen der deutschen Arbeiter.

* Wie die „Post. Ztg.“ hört, hat sich der Cultusminister v. Gossler nach Coblenz begeben, um dort mit dem Oberpräsidenten der Rheinprovinz v. Bardeleben Besprechungen, die in Verbindung mit den kirchenpolitischen Verhandlungen stehen, abzuhalten.

* Aus Schleswig-Holstein schreibt man der „Allg. Ztg.“: Während man von Hamburg aus nichts mehr von Ausweisungen der Socialdemokraten hört, sind derselben noch kürzlich in Altona vorgekommen. Wenn man früher annehmen durfte, daß die Polizeimaßregel von Erfolg war, insofern sie die Stimmsführer der Partei betraf, so ist jetzt die Opportunität des Ausweisungsbefehls sehr zu bezweifeln. Letzterer trifft ausnahmslos unbemittelte, einflußlose Leute, und erfüllt daher nicht den eigentlichen Zweck. Unter den 21 Ausgeschiedenen befinden sich 10 Verheiratete — einen davon traf der Ausweisungsbefehl gerade an seinem Hochzeitstage. Die Ausweisung übt auf die Mietzpreise und sonstige Geschäftsverhältnisse selbst in einer Stadt wie Altona einen Einfluß. Die Zahl der von Altona Ausgewiesenen beläuft sich jetzt auf mehr als hundert.

* Kiel, 3. Sept. Am 7. September findet hier auf der norddeutschen Werft der Stapellauf des größten bis jetzt auf deutschen Werften erbauten Handelsdampfers von 3300 Tons D. W. Ratt. — Das seit längerer Zeit zu der bevorstehenden Anwesenheit des Kaisers geplante und von den schleswig-holsteinischen Ständen vorbereitete Fest auf Bellevue bei Düsternbrook, welches Lokal zu diesem Behufe große heuliche Erweiterungen erfahren, hat in manchen Kreisen Verstimmlung mit Hinsicht auf die Verteilung der Einladungen hervorgerufen. Außer den Stände-Mitgliedern und deren zahlreichen Familien sind die höchsten Spitzen der Civilbehörden der Provinz und nur noch die drei Oberbürgermeister von Altona, Kiel und Flensburg, der Rector der Universität und die vier Decane derselben eingeladen. Der Chef des Panzergeschwaders, Capitän v. Wiede, hat die Anzahl der ihm übergebenen Einladungsarten für die Offiziere des Geschwaders als durchaus zu klein bemessen befunden, und hervorgehoben, daß die Flottenrevue durch den Kaiser der Marine die Rolle als Hauptrepräsentant überweise. Vice-Admiral Batth hat eine gleiche Mittheilung an das Comité gelangen lassen. — Die Mitglieder der Commission zur Abnahme der Glattdocks-Corvette „Olga“: Corvetten-Capitän Junge, Maschinenbaudirector Janßen und Schiffbaudirector Sildebrandt, haben sich heute, um der Ueberfahrt der Corvette nach Kiel beizuwohnen, nach Swinemünde begeben. — Die Corvette „Victoria“ erbielt in Bahia Befehl zur Heimreise. Postsendungen sind nach Porto grande St. Vincent Cap Verdes zu dirigieren.

Dresden, 2. Sept. Hofprediger Stöcker ist nach einem in dem antisemitischen „Deutschen Reformverein“ gehaltenen Vortrage über den „Schutz der rechtlichen Arbeit gegenüber dem Kapital“ als Candidat der allierten Antisemiten und Christlich-Socialen für Dresden-Altkreis aufgestellt. Der Vortrag des Herrn Hofpredigers hat übrigens selbst unter seinen Zuhörern eine starke Enttäuschung hervorgerufen. So schreiben die sehr antisemitisch angehauchten „Dresdener Nachrichten“: „Man hätte denn doch den guten Dresdener Bürgern eine gehaltvollere geistliche Speise bieten sollen, als die längst abgetretenen Gemeinplätze, Schlagworte und Phrasen, die Herrn Stöcker's Vortrag verunzierten. Was man da über den Druck der Kapitalherrschaft und die Noth des arbeitenden Volks hört, hat man in zahlreichen Artikeln der conservativen Presse schon oft gelesen. Die Sache war aber um so peinlicher, als sich der Stöcker'sche Vortrag schließlich als ein Wahlmänner entpuppte; Herr Stöcker wurde nämlich der Altkreis Dresden als Reichstagscandidat aufgetrieben. Wenn nun Jemand um die Ehre, die jüdische Residenz zu vertreten, wirbt, so hätte er wenigstens nicht einen Vortrag halten sollen, der weit hinter seinen früheren Leistungen zurücksteht.“

Ueber die weiteren Verhandlungen am gestrigen Sitzungstage ist noch Folgendes zu berichten:

Auf den Vortrag des Hrn. Stadtbauraths Licht folgte, nachdem der Vorsitzende diesem im Namen der Versammlung für den interessanten und belehrenden Vortrag gedankt hatte, der Generalbericht über die gesammte Vereinsthätigkeit im abgelaufenen Geschäftsjahr vom Hrn. Baumeister Felisch. Es zählt darnach der Verband 40 Hauptvereine mit etwa 4000 Mitgliedern. Der Verband ist, wie Redner mittheilt, im letzten Jahre nicht gewachsen. Es sei zu wünschen, daß die Verbandmitglieder weiter für die Verbreitung des Verbandes wirken, dessen Hauptaufgabe sei, alle Gegensätze auszugleichen, den Particularismus abzuwehren und das Großdeutschtum überall hin zu verbreiten. Im Schulwesen zeigte sich, soweit es die Lehrlingsfachschulen betreffe, daß dieses nicht an Ausbeutung gewonnen habe, es herrsche noch immer der Streit darüber, ob dieselben facultativ oder obligatorisch sein sollen. Vor Allem sei aber der Lehrplan zu tadeln, nach dem weniger das Theoretische gelehrt werde, als die Schule als eine Fortsetzung der Werkstatt angesehen werde. Das Lernen bei einem tüchtigen Meister dürfe aber nicht aufhören. Günstiger liege es mit den Baugewerkschulen, deren Zahl in kaum 10 Jahren von 10 auf über 40 gestiegen sei. Der Berichtsteller macht dann auf die schlimmen Folgen des jetzigen Submissionswesens aufmerksam und befragt kurz das Unfallversicherungs-gesetz und das Innungsgesetz, und erhält weder die freien Innungen, noch die obligatorischen, sondern die

Anhängern eine starke Enttäuschung hervorgerufen. So schreiben die sehr antisemitisch angehauchten „Dresdener Nachrichten“: „Man hätte denn doch den guten Dresdener Bürgern eine gehaltvollere geistliche Speise bieten sollen, als die längst abgetretenen Gemeinplätze, Schlagworte und Phrasen, die Herrn Stöcker's Vortrag verunzierten. Was man da über den Druck der Kapitalherrschaft und die Noth des arbeitenden Volks hört, hat man in zahlreichen Artikeln der conservativen Presse schon oft gelesen. Die Sache war aber um so peinlicher, als sich der Stöcker'sche Vortrag schließlich als ein Wahlmänner entpuppte; Herr Stöcker wurde nämlich der Altkreis Dresden als Reichstagscandidat aufgetrieben. Wenn nun Jemand um die Ehre, die jüdische Residenz zu vertreten, wirbt, so hätte er wenigstens nicht einen Vortrag halten sollen, der weit hinter seinen früheren Leistungen zurücksteht.“

Oesterreich-Ungarn.

* Das schöne Lied von der staatlichen Subvention welches bei den deutschen Rhetoren kein Glück gehabt, ist nun auch nach Oesterreich gebrungen, hat dort Liebhaber gefunden. In Fiume hat ein Congress österreichischer Rhetor und Dautiker stattgefunden, welcher die Regierung aufgefordert hat, die Schiffahrt zu subventioniren resp. einen Theil der Subvention, welche bereits die Lloydgesellschaft erhält, der Segelschiffahrt zuzuwenden. Diese liegt, wie bei uns, so auch in Oesterreich schwer darnieder. Es würden dort dieselben Ursachen wie in Norddeutschland, vor Allem die Verdrängung der Segel durch die Dampfschiffe, und Jene haben einen um so schwereren Stand, wenn diese eine staatliche Subvention empfangen. Dazu kommt noch, daß die Durchsetzung des Jähmus von Suez auf die österreichische Segelschiffahrt besonders nachtheilig zurückgewirkt hat. Das Mittel, welches der Congress von Fiume zur Abhilfe vorgeschlagen hat, würde wohl einzelnen Rhetoren einen Gewinn zuführen, aber der österr. Schiffahrt im Ganzen keinen Nutzen bringen können. Der Congress verlangt z. B. auch staatliche Prämien für den Neubau von Segelschiffen. Nun fehlt es aber an Segelschiffen keineswegs; es sind deren eher zu viele vorhanden. Oesterreich besitzt über 500 Schiffe für große Fahrt, außerdem 60 für große Sobotage. Das ist bei der geringen Küstenlänge des Staates übergen. Ein guter Theil derselben ist schon jetzt beschlagnahmt. Würden infolge der Prämien noch mehr Schiffe gebaut werden, so würden die vorhandenen noch weniger zu thun haben. Es erheben sich deshalb auch in Oesterreich Stimmen gegen die Bewilligung der Forderungen des Congresses. Dagegen wird vorgeschlagen, die neuen Schiffe, ebenso wie es bei den neuen Häusern geschieht, für einige (fünf bis acht) Jahre steuerfrei zu lassen, und für Schiffe, die längere Zeit hindurch müßig im Hafen liegen, die Einkommen und die dort bestehenden „Industrie Steuern“ für diese Zeit außer Geltung zu setzen.

England.

London, 3. September. Unweit Millstreet in der Grafschaft Cork fand am Donnerstag Abend ein blutiger Zusammenstoß zwischen der Polizei und einer Bande bewaffneter Männer statt, welche beschuldigt, das Haus eines Mr. Pomeroy zu überfallen, um sich dessen Waffen anzueignen. Die Männer feuerten auf die Polizei, welche letztere ebenfalls von ihrer Schußwaffe Gebrauch machte. Ein Polizei-Constable ward schwer verwundet und ein Civilist getödtet. Die Polizei nahm vier Verhaftungen vor. Später es sich heraus, daß der Getödtete nicht zur Bande gehörte, sondern in betrunkenem Zustande sich unter dieselbe gemischt hatte. — Das Handelsamt hat beschlossen, einen Ausschuss niederzusetzen, welcher das Project der Herstellung eines unterseeischen Tunnels zwischen England und Frankreich prüfen soll. Um von den französischen Schiffahrts-Prämien Vortheil zu ziehen, hat eine Gesellschaft von Schiffbauern am Clyde in Havre den nöthigen Grund und Boden für einen großen Schiffbauhof mit den erforderlichen Dock gemietet, und beabsichtigt, sofort in großem Maßstabe Schiffe zu bauen. Das Project geneht die Unterstützung einer Gruppe von Pariser Bankiers.

Frankreich.

Paris, 3. Sept. Die „Republique Francaise“ bespricht heute die armenische Frage, die nächstens zu Verhandlungen zwischen der Porte und den Bolschaks in Pera Anlaß geben werde, und verlangt, daß Armenien eine begrenzte Selbstständigkeit und einen christlichen Gouverneur unter den Auspicien der Großmächte erhalte. — In einer Wahlversammlung, die gestern unter dem Vorsitz Clemenceaus in Belleville abgehalten wurde, kam es wieder zu großem Lärm. Ein gewisser Bangeois klagte Tony Revillon an, in Sceaux ein junges Mädchen von 16 Jahren gewaltthätig verführt zu haben, und daß es dem Eingreifen Gambettas zu verdanken sei, daß der Vater ihn nicht gerichtlich verfolgt habe. Revillon strafte den Mann Lügen und verlangte, daß

sogenannten privilegierten Innungen für das zu erstrebende. Zum Schluß fordert Redner die Mitglieder auf, sich mehr als bisher um Politik zu kümmern und sich thätiger bei den Wahlen zu den Stadtvertretungen, wie zu den Parlamenten zu zeigen. Es referirt hierauf Hr. Mühlbach über den Antrag Hannover: „Dem deutschen Reichstage ist bei seinem Wiederzusammentritt wiederholt die Petition, betreffend die Einführung einer Meisterprüfung, auf Grund welcher die selbstständige Ausübung des Baugewerbebetriebes zu gestatten wäre, einzurufen.“ Referent führt einige Uebelstände auf, die sich bei der Freiheit des Baugewerbes gezeigt haben sollen und glaubt daß die für den Bauausführenden so bedenklichen Baucontracte der Behörden auf das Mißtrauen gegen die nicht geprüften Bauausführer zurückzuführen sei. Der Antrag wird von der Versammlung angenommen, worauf Hr. Rathszimmermeister Schwager über die Frage referirt: Soll bei Wiedereinführung eines staatlichen Meisterexamens der wissenschaftliche Theil des Examens die Kenntnisse für das ganze Baugewerbe umfassen? Nach der Umgestaltung, die das Baugewerk seit den letzten 10 Jahren erfahren, könne zu den alten Zuständen nicht wieder zurückgekehrt werden und sei eine Trennung der einzelnen Fächer nicht mehr möglich, sie seien zu sehr mit einander verschmolzen, es müsse sich deshalb die wissenschaftliche Ausbildung auf das ganze Baugewerbe, d. h. auf das der Maurer, Zimmerer und Steinhauer erstrecken, während die praktische Ausbildung nur in einem Fache möglich sei. Hr. Zimmermeister Nieß als zweiter Referent glaubt den dem Verbands gemachten Vorwurf, daß er überlebte Formen in die moderne Gesetzgebung wieder einzuführen suche, zurückweisen zu müssen. Er stellt deshalb den Antrag, die Versammlung wolle erklären, daß sie nicht eine Einschränkung der Gewerbfreiheit erstrebe, sondern daß sie nur wünsche, daß das Baugewerbe den Gewerben eingereiht werde, die einer Prüfung unterworfen sind. Nach längerer Discussion wird der Antrag Nieß einstimmig, der Antrag Hannover mit allen gegen eine Stimme angenommen. Der Antrag, die Abgangsjugendnisse von Baugewerkschulen als theoretisches Meisterexamen gelten zu lassen, über den Hr. Baumeister Felisch referirt, wird nach einer lebhaften Discussion auf Antrag des Referenten bis zum

man sofort in Sceaux und bei Gambetta Erkundigungen einziehe. Die Versammlung ernannte hierauf ein Ehrengericht, um die Sache zu untersuchen. — Der französische Botschafter am russischen Hofe, General Chanay, tritt morgen von Petersburg ein. Gambetta und Justizminister Cajot treten morgen früh um 7½ Uhr die Fahrt nach Reubourg zur Einweihung des Standbildes von Dupont de l'Eure an.

Rußland.

Petersburg, 30. August. Die vor längerer Zeit gemeldete Combination, Ignatiev werde Minister des Aeußern, Peter Schumalov Minister des Innern, — meldet man der Wiener „Pr.“ — wird Thatsache. Ignatiev hat, wie in diplomatischen Kreisen versichert wird, am letzten Freitag seinen Abschied eingereicht; der Kaiser hat am Sonntag denselben angenommen, Boris Melikow's Berufung aber nicht gebilligt, weil dieser in nichts von seinem Programm abweichen wollte, was nicht gefiel. Woronzow-Dachlow ist zum größten Einflusse gelangt und hat die Berufung Peter Schumalow's durchgesetzt. Dem Grafen Sgatiatjew wird der Vorwurf gemacht, kein deutliches Programm erkennen zu lassen, sowie in seinen einzelnen Maßregeln zu stark liberal vorzugehen, aber ohne System. Der Hofclique war er deshalb sehr unliebar. Der Kaiser will ihn aber nicht fallen lassen, weil er ihm für die wieder hergestellte Ruhe im Innern Dank schuldet. Ignatiev übernimmt deshalb (?) das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

Amerika.

Newyork, 2. Sept. Die Schiffahrts-Agenten erklären, daß die Dynamit-Proclamation keine Wirkung auf den Fracht- oder den Passagier-Verkehr geäußert habe. Vier britische Dampfer gingen gestern in See und alle hatten ihr volles Cargo an Passagieren und Fracht. Sämmtliche Compagnien treffen besondere Vorsichtsmaßregeln, und es wird den Dynamit-Operatoren unmöglich sein, Höllenmaschinen zu verschiffen, ausgenommen im Einverständnis mit den Spediteuren. Rossa sagt, er erwarte unverzüglich keine Entwicklungen, diese würden auf der anderen Seite des Oceans beginnen.

Danzig, 6. September.

* Wie wir hören, wurden in der gestrigen Sitzung des westpreussischen Provinzial-Ausschusses ferner die für Förderung des Fischereiwesens noch zur Disposition des Ausschusses stehenden 2000 Mk. dem Fischerei-Verein für Westpreußen als Subvention bewilligt. Für die Neuwahl der Abgeordneten zum Provinzial-Landtage wurden die erforderlichen Beschlüsse gefaßt. Danach fällt dem Kreise Graubenz noch ein dritter Abgeordneter zu, sonst bleibt die Zahl der auf die einzelnen Kreise entfallenden Abgeordneten unverändert. Als Termin für die Aufnahme des Pferde- und Rindviehbestandes behufs der provinziellen Versicherung wurde für das nächste Staatsjahr der 9. Januar bestimmt, ferner die Concession zur Benutzung der Provinzial-Chaussee in und bei Elbing für die dort projectirte Pferdebahn ertheilt und endlich der Ankauf eines neben der Taubstumm-Anstalt zu Marienburg belegenen Grundstücks zum Preise von 16 000 Mk. genehmigt.

* Ein Colportage-Buchhändler, welcher Bücher, Hefen etc. an seine Abonnenten gegen einen bestimmten Abonnementpreis vertreibt und dabei jedem der Abonnenten außer dem zu liefernden Werke den weiteren Vortheil gewährt, daß er einen bestimmten Antheil an dem event. Gewinn eines von dem Buchhändler in einer erlaubten Lotterie zu spielenden Looses hat, ohne zu dieser Betheiligung der Abonnenten die obigeleiende Genehmigung zu haben, macht sich nach einem Urtheil des Reichsgerichts vom 28. Mai 1881 dadurch der unbefugten Veranstaltung einer öffentlichen Lotterie schuldig, selbst wenn der Buchhändler das Loos wirklich spielt und nicht mehr Quoten des Gewinnes verlaßt, als er selbst besitzt.

* Aus Anlaß eines Specialfalles, in welchem von den kaiserlichen Postanstalten von einer Handelsfirma Mittheilung der Adressen von Firmen verlangt wurde, daß das kaiserliche General-Postamt verfügt, daß überhaupt derartigen, den Postanstalten aus den Kreisen des Publikums ausgehenden Anträgen keine Folge zu geben ist.

* Am Donnerstag von 11—12 Uhr Vormittags und von 2—4 Uhr Nachmittags, wird in dem städtischen Gymnasium Hr. Alois Bial eine auf langjährigen Reisen von ihm aufgenommene, naturgeschichtlich interessante Sammlung von Thieren aus allen Weltgegenden, sowohl Säugethieren als Vögeln, Fischen, Insekten, sowie von präparierten Skeletten anstellen und durch Vorträge erläutern. Die Vergabe der Lokalen des Gymnasiums für diese Demonstrationen dürfte schon genügend für das erhebliche wissenschaftliche Interesse, das sie darbieten, sprechen.

* Dirham, 3. Sept. Das am vorigen Sonntag von Herrn Dr. Betong veranstaltete Schwimmsfest verlief trotz ungünstiger Witterung bei lebhafter Betheiligung des Publikums in vorbereiteter Weise. Es wurde dem besten diesjährigen Schwimmer, einem dreizehnjährigen Quatener, als erster Preis eine silberne Taschenuhr zu Theil, der zweite Schwimmer erhielt einen Eisenkranz mit weißer Erinnerungsschleife.

nächsten Delegirtenstage, dem von der Direction eine ausführliche Denkschrift darüber vorgelegt werden soll, verlag. Es wird darauf die Versammlung geschlossen. Um 4½ Uhr Nachmittags fuhren die Mitglieder des Verbandes mit dem Eisenbahnzuge nach Oliva.

49

Des Erfinders Erbe.

Roman von Frances Burne t.

(Fortsetzung.)

Achtundvierzigtes Kapitel. Vollenbet.

Eines Abends sagte Murdoch, als er das Haus verließ, zu Christiane:

„Erwarten Sie mich nicht vor morgen, ich werde wahrscheinlich nicht eher zurück sein. Ich denke heute die ganze Nacht hindurch zu arbeiten.“

Sie fragte ihn nicht, weshalb. Bei mehreren Tagen schon hatte sie eine seltsame Aufregung und eine beständige Ruhelosigkeit an ihm bemerkt. Bisweilen fuhr er, wenn seine Augen unerwartet den ihrigen begegneten, wie erschrocken zusammen und erzählte und wandte sich schnell hinweg, als peinige ihn eine leise Furcht. Als er heute das Haus verließ, blieb sie auf der Schwelle stehen und sah ihm nach, bis er in der Dunkelheit verschwunden war; dann schloß sie die Thür und ging hinein zu Mrs. Murdoch.

Eine Viertelstunde später betrat Murdoch sein Arbeitszimmer, schloß sich ab und nahm das Modell aus seiner Umhüllung.

Einen Augenblick blickte er wie in sich versunken darauf hin, und dann streckte er seine Hand aus, um es zu berühren. Mächtig aber zog er dieselbe zurück und ließ sie schwer auf den Tisch niederfallen.

„Gütiger Himmel!“ rief er. „Hat er sich jemals dem Ziele so nahe gefühlt, wie ich jetzt, um es dann doch wieder entziehen zu sehen?“ Eine fast unerträgliche Aufregung hatte sich seiner bemächtigt. „Mußten es denn zwei sein?“ rief er weiter. „Was es nicht an Einem genug?“ Das Herz hämmerte ihm förmlich in der Brust, aber er bezwang sich und streckte eine Minute später die Hand von Neuem nach dem Modell aus. „Es soll mir beschieden sein, die Möglichkeit des Erfolges zu erweisen“, sagte er, — „mir!“

Während er nun arbeitete, schien es stiller und

s. Elbing, 4. September. Am Donnerstag waren etwa dreißig Buchhändler der Provinzen Ost- und Westpreußen in unserer Stadt zusammengetreten, um über Hebung ihres Standes und Wahrung ihrer Interessen zu berathen. Die Gründung eines Provinzialvereins wurde einstimmig beschlossen. Derartige Verbände existiren bereits in allen anderen Gauen Deutschlands und sind durch ihre Vereinigung zu einem Centralverband in die Lage gekommen, bestimmend auf die Organisation des deutschen Buchhandels einzuwirken. Es darf unterm Nationalpatriotismus einige Genugthuung gewähren, daß wiederum Elbing der Ort ist, an welchem dieses neue Band provinzieller Einigkeit geknüpft ist. — Die ersten Boten der nächsten Winter-saison treffen Morgen ein, Miß Nordica und der Bassist Altranba. Beide haben sich im Frühjahr die Liebe unseres Publikums in hohem Grade erworben. Die für Mitte des Monats bevorstehende Aufführung des „Johanna“ verspricht den guten Ruf des Elbinger Kirchenchores in weitere Kreise zu tragen. Schon jetzt laufen Anmeldungen für die Sonntag den 18. Septbr. in dem großen Remter des Marienburger Schlosses stattfindende Aufführung ein. In hohem Grade anregend sind auch die Aussichten auf die diesjährige Theater-saison. Herr Schoened, ein tüchtiger Musiker von Fach, giebt uns volle Bürgschaft dafür, daß die Räume unseres Theaters in diesem Jahre mäßig der Kunst geweiht sein werden.

8 Königsberg, 4. September. Der Provinzial-ausschuß der Provinz Ostpreußen trat nach 10 wöchentlicher Pause am 1. d. Mts. zu einer Sitzung zusammen, welche gestern beendet wurde. Ueber die Verhandlungen derselben ist Nachstehendes zu berichten: Nach den geschäftlichen Mittheilungen des Landes-Directors sind im I. Quartal 1881/82 für Chausseebauten auf gemeinschaftliche Rechnung der Provinzen Ost- und Westpreußen verausgabt worden: a. in Ostpreußen 56 870 Mk., davon entfallen auf Ostpreußen 33 676 und auf Westpreußen 23 194 Mk.; b. in Westpreußen 24 327,32 Mk., davon entfallen auf Ostpreußen 14 405,66 Mk., auf Westpreußen 9921,67 Mk. Westpreußen hat mithin an Ostpreußen 3788 Mk. herauszugeben. — Die Provinzial-Taubstumm-Anstalt in Braunsberg ist geschlossen, die neu erbaute Taubstumm-Anstalt in Rastow wird am 14. d. Mts. eröffnet werden. — In Folge eines diesbezüglichen Beschlusses des Provinzial-Ausschusses hat der Landesdirector eine Vorlage gemacht wegen der Lebensversicherung der Provinzial-Beamten. Er beantragt zu beschließen: 1. Eine zinslose Versicherung der Provinzialbeamten zum Eintritt in eine Lebensversicherungsgesellschaft soll nicht stattfinden. 2. Der Landesdirector wird ermächtigt mit der Lebensversicherungsgesellschaft in Ostpreußen in Ostpreußen zu verhandeln, daß der wegen Lebensversicherung der Chausseeaufseher abgeschlossene Contract — nach welchem der Provinzialverband 17 Proc. der Tarifprämie zahlt und die Bant 3 Proc. Provision gewährt — auf alle Provinzialbeamten, welche zur Zeit der Versicherung ein Jahresgehalt von nicht mehr als 3000 Mk. beziehen, ausgedehnt wird, b. auch mit anderen geeigneten Versicherungsgesellschaften wegen Abschluß ähnlicher Verträge in Verbindung zu treten. Hierzu lag eine Petition der Beamten der Centralverwaltung vor, in welcher gebeten wird, auf der Grundlage des Reichsgesetzes vom 20. April 1881, ein Provinzialstatut betreffend die Fürsorge für die Wittwen und Waisen der Provinzialbeamten zu erlassen. Der Ausschuss beschloß: des Landes-Directors aufzufordern, dem Provinzial-Ausschuß eine Vorlage zu machen, aus welcher ersichtlich ist, a. wie hoch sich die Beiträge stellen würden, wenn die Provinz eine Wittmen- und Waisentasse errichtete, welche ein Gehalt bis zu 6000 Mk. betragen, b. wie hoch sich die Prämie bei der Gothaer Bank pro 3000 Mk. belaufen; — nur auf Grund dieser Tabellen dem Provinzialauschuß Vorschläge über Höhe der Pensionen resp. des Versicherungskapitals und des Zuschusses zu den Beiträgen und Prämien seitens der Provinz zu machen. — Der letzte Provinzial-Landtag hatte beschlossen, bei der Staatsregierung zu beantragen: die Staatsregierung wolle die Feststellung der von der Provinz Ostpreußen vom 1. Januar 1880 ab in Folge der Revision von 1879 zu zahlende Grundsteuer einer nochmaligen Prüfung unterwerfen und — nöthigenfalls im Wege der Gesetzgebung — gegenüber der unbilligsten Erhöhung dieser Steuer, Remede einleiten zu lassen. Der Landes-Director hat nun die in Folge dieses Beschlusses von ihm entworfene Denkschrift überreicht, welche genehmigt wurde. Der Bürgermeister Schumalov ist Namens der Stadtgemeinde Hohenstein und Umgegend bei dem Provinzialauschuß dahin vorstellig geworden, daß von jenen Provinzialauschüssen an den Minister für öffentliche Arbeiten gerichteten Petitionen, betreffend die Fortsetzung der Eisenbahn Kobbelbude-Altenheim über Altenheim hinaus nach Mlawa am maßgebender Stelle zu befürworten. Ferner ist eine Petition des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung zu Weidenburg eingegangen, in welcher beantragt wird, der Provinzialauschuß wolle sich für den Bau einer Eisenbahn von Altenheim über Weidenburg nach Mlawa höheren Orts verwenden. Der Provinzialauschuß beschloß: über beide Petitionen zur Tagesordnung überzugehen. — In der Angelegenheit betreffend den Bau eines Provinzial-Wilhelm-Augusta-Stechenbaues wurde beschlossen: 1. eine Commission von 6 Mitgliedern einzusetzen; 2. den Landes-Director zu beauftragen, die Kreisausführung bezug des Magistrats in Königsberg anzufragen, ob im Falle, daß die Wiegelschabtheilung von der Landmann- und Wasserbauanstalt in Tapan, um Platz für die Corrigenden zu schaffen, entleert und schließlich ganz aufgehoben werden müßte, die Kreise ein Gewicht darauf legen würden, daß für Kreisarme

immer stiller um ihn zu werden. Seine eigenen Athemzüge, leise, wie sie waren, waren deutlich hörbar; eines seiner Werkzeuge fiel zu häufig zu Boden, und das Geräusch ließ ihn erschrocken aufstehen; die dumpfen Schläge, mit welchen die nahe Thurmruhr die Mitternachtshunde verführte, erschienen ihm geradezu unerträglich. Sogar das leise Ticken seiner Taschenuhr störte ihn, und er hielt sie an. Nach einigen Stunden aber wachte er überhaupt von nichts mehr; Geräusch oder Stille, er hatte Beides vergessen; für Beides hatte er im Augenblick keinen Sinn.

Es war eine dunkle Nacht gewesen, aber der Morgen hob hell und klar an. Die durch das einzige Fenster in das Zimmer einbringenden Sonnenstrahlen fielen auf das Modell, das weit zurückgeschoben auf dem Tische stand, und auf Murdoch selbst, der sich halb schlummerte, den Kopf auf beide Hände gestützt, auf den Tisch niedergebogen hatte. Er hatte bereits längere Zeit so gelegen — wie lange, das wußte er nicht. Er hatte bereits sein letztes Werkzeug zur Seite gelegt, ehe noch der erste tolle Streifen im Osten das Hohen des Morgens verführte. Er war müde, und es fröstelte ihn in der kühlen Morgenluft, aber er hatte noch nicht daran gedacht, nach Hause zu gehen, er war sich noch kaum ganz bewußt, daß die Nacht zu Ende und daß der Morgen bereits angebrochen war. Seine Laterne brannte noch neben ihm auf dem Tisch. Endlich ließ ihn ein Geräusch im Nebenzimmer plötzlich aufstehen. Das Fabrikthor war noch nicht geöffnet und die Glocke hatte noch nicht zur Arbeit geläutet, aber er hatte deutlich gehört, daß Jemand in das Nebenzimmer getreten war. Im nächsten Augenblick öffnete sich die Thür, und Hamorich fand, seine Blicke mit einem eigenthümlichen Ausdruck auf Murdoch richtend, auf der Schwelle.

„Sie sind die ganze Nacht hier gewesen?“ sagte er. „Ja“, antwortete Murdoch. Dann wandte er sich ein wenig, deutete auf das Modell und sprach leise, als sei er eben erst halb aus einem Traume erwacht: „Ich glaube, es ist vollendet.“

Er sagte das in so wenig erregtem und so wenig freudigem Ton, daß Hamorich ihn ganz erstaunt anfaß. Er legte eine Hand auf Murdoch's Schulter und schüttelte ihn ein wenig.

„Wachen Sie auf, junger Mann! Sie sind ja ganz irre.“

ganz irre.“

